

HANS BAUER: FDP - QUO VADIS?

Die Aufgabe der FDP als Freiheits- und Bürgerrechtspartei ist es, politisch für eine ausgewogene und friedliche Bürgergesellschaft zu kämpfen.

Zitat:

„Intelligenz ist die Fähigkeit sich dem Wandel anzupassen.“ Stephen Hawking



FOTO FDP VON HANS BAUER

Die derzeitigen nationalistische Strömungen, das Aufkommen des Populismus, der Einfluss der Religionen auf die Politik, der Wunsch nach autoritärer politischer Führung all diese Begehren polarisieren die Gesellschaft und finden dennoch Zuwachs, warum?

Die komplexe Welt wird von den Bürgern nicht mehr verstanden, man möchte aber verstehen, denn das gibt einem ein Gefühl der Sicherheit. Unsicherheit ängstigt, man sucht einfache und klare Antworten, diese findet man scheinbar in diesen doch sehr verschiedenen politischen Richtungen. Eines haben sie gemeinsam, sie bedrohen unsere freiheitliche Ordnung und wie wir diese Woche erfahren durften, auch die repräsentative parlamentarische Demokratie.

Wenn wir nicht die Freiheitsrechte des Einzelnen achten, das Prinzip der Gewaltenteilung anerkennen, den Austausch von Meinungen in einem rationalen respektvollen Diskurs nach ethischen Standards führen und vor allem den Respekt gegenüber anders denkender Menschen wahren, dann gerät die Bürgergesellschaft in Gefahr.

Ein Wort noch zur Freiheit. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Im Grundgesetz steht nichts von einer grenzenlosen und rücksichtslosen Freiheit. Sondern „Meine Freiheit endet dort, wo die Freiheit eines anderen beginnt.“

Eine Hilfe wäre Vertrauen in die politische Führung. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, da sie die Grundlage für eine parlamentarische Demokratie ist. Die Bürger erwarten von den politischen Verantwortlichen eine Vorbildfunktion und Gerechtigkeit. Das Auseinanderdriften der Gehälter sowie die Abgabenlast der mittleren Einkommen erzeugt ein fortschreitendes Gefühl der Ungerechtigkeit. Dies ist eine kurze Situationsbeschreibung der heutigen Situation.

Alle politischen Parteien legen derzeit Vorschläge für ein Rentensystem vor. Deshalb sollten wir auch einen Vorschlag in Ergänzung zum Liberale Bürgergeld (LBG) erstellen. Unser FDP-Konzept einer bedarfsabhängigen negativen Einkommensteuer zur sozialen Sicherheit ist auch ein sozialpolitisches Finanztransferkonzept, nach dem jeder Bürger bei Bedürftigkeit eine gesetzlich festgelegte finanzielle Zuwendung erhält, ohne

dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen (Transferleistung). Es ist eine Form des Bürgergelds.

Das derzeitige System ist schizophren, auf der einen Seite sammeln wir Geld ein (Steuern) um es dann wieder aufwendig zu verteilen. Die Ausgaben steigen seit Ende des zweiten Weltkrieges ständig an. Mit dem Sozialbudget 2019 liefert das BMAS turnusgemäß einen Überblick über das Leistungsspektrum und die Finanzierung der sozialen Sicherung in Deutschland. Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 2019 insgesamt rd. 1.040,3 Mrd. Euro für soziale Leistungen ausgegeben. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 4,5 Prozent, während das nominale Wirtschaftswachstum mit einem Plus von 2,7 Prozent geringer ausfiel.

In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik konnte man mit einem Durchschnittsgehalt Wohneigentum erwerben und Altersvorsorge betreiben. Heute beträgt das durchschnittliche monatliche Bruttogehalt je Arbeitnehmer in Deutschland 2.860 € brutto pro Monat bzw. 3.880 € brutto im Monat für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer (Quelle: Statistisches Bundesamt und Statista.de). Es ist einleuchtend, dass nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben von diesen Gehältern die Altersvorsorge, wie von der Bundesregierung gefordert, nicht aufgebracht werden kann.

In 2019 war der Vorstandsvorsitzende von Volkswagen Herbert Diess mit einem Verdienst von 9,9 Millionen Euro der bestbezahlte DAX-Vorstand. Der Bayern Star Robert Lewandowski soll ein Jahresgehalt von 19,5 Mio. € erhalten haben. Ich erinnere hier noch einmal an meinen Vorschlag die steuerliche Anerkennung von Spitzengehältern zu begrenzen. Die zwei Beispiele zeigen, es fehlt nicht an ausreichenden Gewinnen, sondern es mangelt an der Struktur der Verteilung. Bei dem tausendfachen des monatlichen Durchschnittsgehaltes bekäme Herr Diess rund 3,8 Mio.€ und würde dadurch nicht verarmen. Die 6,1 Mio.€ könnten als Leistungsprämie an die Mitarbeiter*innen ausgeschüttet werden.

Die Altersvorsorge könnte sich am Vorbild des Norwegischen staatlichen Pensionsfonds orientieren.

Es ist im Grunde eine Vermögensverwaltung, die durch das norwegische Parlament beaufsichtigt wird. Im Parlament werden die Grundsätze der Anlagepolitik festgelegt und auch die Höhe der jährlichen Auszahlungen. Rechnerisch hat jeder Bürger Norwegens inzwischen ein Vermögen von mehr als zweihunderttausend Euro.

Wie kann nun dieser „Deutschlandfond“, zu dem es inzwischen viele Vorschläge gibt, aufgebaut werden? Die Einnahmen dieses Fonds soll für künftige Generationen weltweit investiert werden. Ziel soll es sein das Rentenniveau durch die zusätzlichen Mittel, bei 65% zu stabilisieren. Ab 100 Millionen Einkommen und Vermögen sollte ein halbes Prozent pro Jahr an den Deutschlandfond abgegeben werden, ab einer Milliarde ein Prozent und ab zehn Milliarden zwei Prozent. Es kann und darf nicht darum gehen die Mehrheitseigentümer zu enteignen! Im Gegenteil, die Gesellschaft hat ein volkswirtschaftliches Interesse große Vermögen zu schaffen und zu erhalten. Nicht wie Kevin Kühnert von der SPD, der eine Enteignung der Quandt

Familie forderte. Spielen wir am Beispiel von BMW durch wie der Deutschlandfond funktionieren könnte.

Nach dem Jahresabschluss 2019 waren rund 658 Millionen BMW-Aktien (der einfach halber keine Unterscheidung zwischen Stamm- und Vorzugsaktien) gezeichnet, davon gehörten 46,8 Prozent den Geschwistern Susanne Klatten und Stefan Quandt.

Um die Rechnung zu vereinfachen haben die beiden Geschwister rund dreihundertmillionen Aktien. Der Schlusskurs 2019 betrug 73,14 € pro Aktie, damit betrug das Vermögen der Quandt Familie rund 21,9 Milliarden Euro. Die Dividende pro Aktie verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um einen Euro und betrug 2,50 €. Damit erhielten die Hauptaktionäre 750 Millionen Euro (im Vorjahr mehr als 1 Milliarde Euro), bei einem fiktiven Steuersatz (Abgeltungssteuer ohne Solidar- und Kirchensteuer) von 25% bleiben noch 562 Millionen Euro.

Gäbe es die erwähnte Vermögens- oder Fondssteuer von zwei Prozent, so wären 2019 sechs Millionen Aktien im Topf des Deutschlandfonds gelandet. In den Folgejahren ebenso plus die Dividende. Ohne eine Obergrenze ist dieses Modell nicht durchsetzbar. So hätte im Jahr 2026 der Staat rund 8% des Unternehmens in Form von Aktien erhalten. Die Erben besäßen noch 38,6 %. Als Dividende hätten die Erben bis dahin mehr als zwei Milliarden Euro eingenommen. Als Begrenzungsregeln sollten gelten, der Fond darf nicht mehr als 10% eines Unternehmens besitzen, zweitens der Staat greift nicht steuernd in das Unternehmen ein.

Werden die zehn Prozent überschritten, so müssen die Aktien auf den Markt gebracht werden, somit wäre das freie Unternehmertum gesichert. Wenn wir sehen wie viele Beteiligung der Staat derzeit hat, von den er sich bei mehr als zehn Prozent trennen müsste und wenn wir bei den Dax Konzernen (VW - Familie Porsche/ Piech) sehen welche Vermögen für den Deutschlandfond zur Verfügung stehen, so wäre ab 2030 eine Pensionsunterstützung möglich und alle Mitglieder der Gesellschaft hätten ihren Anteil am Vermögen.

Ein Wort zur Klarstellung, niemand darf von einem Euro Gewinn mehr als fünfzig Cent abliefern und niemand muss von seinem Erbe mehr als die Hälfte abgeben. Egal wie reich jemand ist, eine Steuerbelastung von mehr als fünfzig Prozent ist unmoralisch allerdings sind die Steuervermeidungsstrategien von einigen Superreichen ebenso unmoralisch.

Die Bürger erwarten, dass sie respektiert werden und die Solidargemeinschaft ihr Überleben sichert. Die Freiheit, die wir besitzen gibt uns die Fähigkeit zu Reformen. Wohlstand für alle war das Motto der sozialen Marktwirtschaft, die in den ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik zu Erfolg geführt hat und den Menschen ein Gefühl des fair ausgehandelten Wohlstandes gaben, sowohl für die die ihn erarbeitet haben als für die Rentner, jeder hatte das Gefühl in allen Bereichen selbst verantwortlich zu sein.

FDP